

LOTHAR QUANZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

PRESSEERKLÄRUNG

Eschwege, 20.02.2015

Quanz kritisiert hessische Umweltministerin

Weitere Verpressung von Kalilauge gefährdet Umwelt und Arbeitsplätze

„Wenn das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) das Umweltministerium warnt, dass wegen weiterer Einträge belasteter Abwässer aus der Kaliproduktion in den Untergrund Gefahren für die Trinkwassergewinnung in unserer Region und für Heilquellen (Bad Hersfeld) drohen, dann halte ich es für fahrlässig, wenn die Versenkerlaubnis demnächst erneut verlängert werden soll, diesmal sogar bis 2021“, kritisiert MdL Lothar Quanz, Eschwege, die hessische Umweltministerin Priska Hinz.

Da hätten doch im Ministerium alle Alarmglocken läuten müssen, anstatt dessen schließe man ein Abkommen mit K&S, das in einem sog. Vierphasenplan vorsieht, dass nicht mit Ende diesen Jahres die Versenkerlaubnis endet, sondern für weitere sechs Jahre weiter gelten solle. Niemand könne im Moment vorhersagen, wie sich die Millionen Kubikmeter Abwässer im Untergrund verteilen, wie sie an die Oberfläche dringen, wo und wann von ihnen ganz konkrete Gefährdungen für Grund- und Trinkwasser sich ergeben. Entsprechende Untersuchungen dazu habe K&S trotz entsprechender Auflagen bis heute nicht geliefert. In mehreren Resolutionen habe der Kreistag des Werra-Meißners immer wieder auf die Gefährdungen hingewiesen und kritisiert, dass bis heute kein wirkliches Lösungskonzept auf dem Tisch liegt, das nicht den Erhalt der Arbeitsplätze gegen die berechtigten Interessen der Umwelt und der Menschen entlang von Werra und Weser gegeneinander ausspielt. Im November 2014 habe der Kreistag beschlossen, „...die Versenkerlaubnis nicht über das Jahr 2015 hinaus zu verlängern...“. Bereits in einer Resolution vom November 2012 hatte der Kreistag festgestellt: „Der Kreistag ist der festen Überzeugung, dass die Arbeitsplätze in der Kali-Industrie nur dann dauerhaft gesichert werden können, wenn das Unternehmen für die Produktions- und Haldenabwässer umweltgerechte Lösungen findet.“ Wenn also in den kommenden Jahren durch weitere Versenkung Gefährdungen für Grund- und Trinkwasser einträten, dann drohe die Stilllegung der Produktion im Kalirevier und damit ergäbe sich eine konkrete Bedrohung für Tausende von Arbeitsplätzen. „Eine solche Situation muss in jedem Fall vermieden werden. Deshalb ist der Vierphasenplan von Anfang an auf Sand gebaut. Er wird von nahezu allen anderen Anrainern abgelehnt, er bringt keine wirklichen Fortschritte für die zeitnahe Gesundung von Werra und Weser und zugleich birgt er Gefahren für den Erhalt der Arbeitsplätze“, erklärt Quanz.

Die aktuelle Diskussion um die Qualität des Werratalsees sieht Quanz in einem ganz engen Zusammenhang mit der Werraversalzung. Zwischen der u.a. mit Phosphat und Chlorid belasteten Werra und dem Werratalsee ergäben sich unvermeidlich Austausch im Grundwasserbereich. „Je länger die Werra mit minderer Qualität ihren Lauf nimmt, desto mehr ist die Wasserqualität des Sees gefährdet. Wenn der See tatsächlich „kippen“ sollte, wenn ein dauerhaftes Badeverbot verhängt werden müsste, dann wäre das das Ende aller Bemühungen um die Stärkung des Tourismus in unserer Region. Millionen von EU- Geldern sind in den Ausbau des Sees zur Förderung des Tourismus geflossen, die dürfen wir uns nicht „versalzen“ lassen“, fordert Quanz abschließend.